

Nußlocher Steinbruch ist für Windkraft kaum geeignet

Eine Studie zur möglichen Nutzung wurde vorgestellt. Die Windleistung reicht nicht aus, "Alternative ist der Wald".

08.12.2023 UPDATE: 08.12.2023 06:00 Uhr 2 Minuten, 5 Sekunden

Auch die Potenzialfläche bei Maisbach erscheint wenig attraktiv für Windräder. Foto: Hebbelmann

Nußloch. (heb) Die Idee klingt gut: Wo bisher Gestein abgebaut wird, könnten sich künftig Windräder drehen. Die Grünen-Fraktionen von Nußloch und Wiesloch hatten ihre jeweiligen Verwaltungen davon überzeugt, [gemeinsam eine Machbarkeitsstudie für die Windenergienutzung auf dem Areal des Nußlocher Steinbruchs in Auftrag zu geben](#). Klimaschutzmanager Erik Lang präsentierte nun im Klimarat des Nußlocher Gemeinderates die Ergebnisse.

Vor allem die Nähe der umliegenden Siedlungen und Gehöfte, aber auch einzuhaltende Abstände zu Abbaugebieten und Hochspannungsleitungen führten dazu, dass große Teile des Untersuchungsgebietes als sogenanntes Ausschlussgebiet gekennzeichnet waren. Wenige verstreute Windpotenzialflächen blieben übrig.

Diese hatte das Planungsbüro Bresch Henne Mühlingshaus (BHM) näher untersucht und war darüber hinaus der Frage nachgegangen, inwieweit sich nach der Rekultivierung des Steinbruchs weitere Potenziale ergeben könnten. Das Fazit fiel für alle, die sich einen Ausbau der Windenergie wünschen, ernüchternd aus: Demnach ließen geringe Windgeschwindigkeiten und hohe Siedlungsdichten das Gebiet als wenig geeignet erscheinen. Die durch den Rohstoffabbau entstandene Geländeabsenkung verringerte die Windleistungsdichte und erschwerte die Erschließung durch statische Einschränkungen.

Die Flächen seien mit drei bis acht Hektar zu klein, um eine Konzentrationswirkung zu erzielen. Weiter heißt es: "Für rechnerisch ein bis maximal drei Windenergieanlagen sind die Erschließungskosten im Verhältnis zum erwartbaren Ertrag im Schwachwindgebiet sehr hoch."

Die "Potenzialfläche E", bestehend aus zwei Teilflächen an einem bewaldeten Lösshang, grenzt unmittelbar an den Steinbruch an. Es wurde untersucht, ob – nach Ablauf der Konzession oder wenn keine Rohstoffe mehr abgebaut werden – hier zusätzliches Potenzial entstehen könnte. Der aktuelle Rekultivierungsplan sieht eine Nutzung als Ackerfläche vor.

Allerdings wird erwartet, dass die Abbaufelder teilweise mehr als 50 Meter tiefer liegen als das umgebende Gelände. Der Höhenverlust hätte Auswirkungen auf die Windgeschwindigkeiten. Erwartet wird eine gekappte Windleistungsdichte von höchstens 180

Watt pro Quadratmeter (W/m^2), was weit unter dem empfohlenen Schwellwert von $215 \text{ W}/\text{m}^2$ liegen würde.

Der Regionalverband Rhein-Neckar muss die gesetzlich geforderten Flächenziele für die Windkraft erreichen. Bei der Suche nach Vorranggebieten will er erklärtermaßen auch windschwächere Flächen bis $190 \text{ W}/\text{m}^2$ in 160 Metern über Grund einbeziehen. Dem hält Klimaschutzmanager Lang entgegen: "Nur weil die Regionalplanung die Schwelle runtergesetzt hat, ist nicht gesagt, dass mögliche Betreiber das genauso sehen."

Das Planungsbüro jedenfalls betrachtet die Windhöffigkeit als maßgeblichen Faktor für die Wirtschaftlichkeit und den zu erwartenden Stromertrag. Die Studie berücksichtigt daher den empfohlenen Orientierungswert einer Mindest-Windleistungsdichte von $215 \text{ W}/\text{m}^2$ in 160 Meter Höhe, der auch zu den Erfahrungen aus aktuell geplanten beziehungsweise realisierten Windparkprojekten passe.

Die Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg (LUBW) hatte noch eine zusätzliche "Potenzialfläche D – Bäckesgrund" an der Kreisstraße Richtung des Ortsteils Maisbach verzeichnet und diesen dabei als sogenanntes Dorf- und Mischgebiet eingestuft. Das Planungsbüro legte dagegen für den Nußlocher Ortsteil die Grenze von 700 Metern Abstand zu Wohngebieten zugrunde. Um die Grenzwerte für Schallimmissionen einzuhalten, sei die Windenergienutzung hier vermutlich nur mit Auflagen wie zum Beispiel einer nächtlichen Drosselung oder Abschaltung möglich, heißt es in der Studie.

Yannick Veits (Grüne) bedauerte das Ergebnis, auch mit Blick auf die Haushaltssituation. "Die Alternative ist der Wald", sagte er. Hier müsse man sehen, wie sich der Gemeinderat positioniert.